

Volle Kraft voraus!



Foto: jb

Es gibt viel zu tun, packen wir's an!

Ohne Fleiss kein Preis!

Wir schaffen das!

Mehr Motivationsprüche konnte ich auf die Schnelle nach diesem heissen Sommer nicht finden. Doch trotz Hitze bleibt die

Welt nicht stehen. Sie dreht sich weiter wie die Windräder, die sich mittlerweile in ganz Europa drehen. Auf der Geschäftsstelle im BSPV kamen etwas kleinere Ventilatoren zum Einsatz, dafür aber unermüdlich. Und unermüdlich war auch unser

Geschäftsführer, der sich fleissig mit Personalabbau, Lohnmassnahmen und Vertrauensarbeitszeit beschäftigte. Die Ergebnisse dieses Einsatzes zeigen sich auf den folgenden Seiten.

In dem Sinn ... bitte blättern ...

2 Aktuelles

Personalabbau

in der Zentralverwaltung

Voranschlag 2019

Gekürzte Lohnmassnahmen und nächster Stellenabbau.

3-4 Aktuelles

Vertrauensarbeitszeit,

wen betrifft's?

Steuergeschenk – nein

danke!

6 Interview

mit **Anastasia Falkner,**

Präsidentin des BSPV.

8 Public Reportage

Aufgepasst vor «**Chauffeur-**

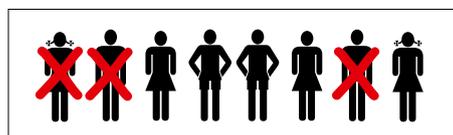
Wissen»

Personalabbau in der Zentralverwaltung

In der Novembersession 2017 erreichte das Postulat von Thomas Brönnimann (Mittelhäusern, GLP) eine Mehrheit: Bis 2021 werden in der Zentralverwaltung drei Stellenprozent reduziert.

Der Vorstoss beinhaltet keinen Aufgabeverzicht, sondern beschränkte sich auf pauschale Stellenreduktionen.

Nicht leicht zu definieren ist die Bezeichnung «Zentralverwaltung». Ein Votant äusserte sich am Rednerpult im Grossen Rat in dem Sinn soweit, dass die



Angestellten in der Zentralverwaltung diejenigen seien, die am PC sitzen, also nicht Polizisten/innen... andere sprachen von denen in Bern...

Im Organisationsgesetz des Kantons sind die Verwaltungsregionen und -kreise,

die ordentlichen dezentralen Verwaltungseinheiten (Art. 39a). Im Umkehrschluss wären alle anderen die Zentralverwaltung, also auch z.B. die Polizei.

Der Regierungsrat hat für die Umsetzung des Vorstosses, den Begriff der Zentralverwaltung nicht genau definiert, sondern in einem längeren Prozess die einzelnen Funktionen der Mitarbeitenden als «dazugehörig» oder «nicht dazugehörig» definiert. Daraus entstand eine Zentralverwaltung mit rund 3700 Vollzeitstellen, was bei drei Stellenprozent einen Stellenabbau von 110 Vollzeitstellen bedeutet. (Nach Berücksichtigung des Entlassungspakets 18 müssen noch 80 Vollzeitstellen eingespart werden.) Die Regierung hofft, dass der mehrjährige Stellenabbau

mit natürlichen Fluktuationen und ohne Entlassungen vollzogen werden kann.

Der BSPV erachtet einen Stellenabbau als nicht gerechtfertigt, da dies noch mehr Druck auf das betroffene Personal erzeugt. Fairer wäre es, wenn parallel zum Stellenabbau auch die Aufgaben des Kantons reduziert würden. Auch kann der BSPV nicht nachvollziehen, warum Stellen, die dezentral in den Verwaltungsregionen und -kreisen zu finden sind, vom Abbau betroffen sind. Ist dies wirklich die Idee vom Abbau in der Zentralverwaltung?

Der BSPV wird den Stellenabbau genau beobachten und wird seine Mitglieder bei allfälligen Kündigungen unterstützen. wy

Voranschlag 2019 – Gekürzte Lohnmassnahmen und nächster Stellenabbau

Der Regierungsrat präsentierte den Voranschlag 2019 mit einem positiven Rechnungsergebnis von 88 Millionen Franken. Darin ist ein Lohnsummenwachstum für das Kantonspersonal von 0,7% enthalten.

Zusammen mit den 0,8% Rotationsgewinnen sollte das Personal auf eine durchschnittliche individuelle Lohnsteigerung von 1,5% kommen, wie sie anlässlich der Personal- und Lehreranstellungsgesetzgebung verankert worden ist. Diese Minimalforderung hat der Regierungsrat erfüllt.

Im Gegensatz zu den Vorjahren ist kein Lohnsummenwachstum von weiteren 0,3% für Lohnkorrekturen oder Teuerungsausgleich budgetiert, obwohl es offensichtlich ist, dass der Kanton im Vergleich zum Konkurrenzumfeld Lohn-

rückstände aufweist. Der BSPV bedauert diese Streichung sehr.

Der Stellenabbau nach dem Entlassungspaket 18 von zusätzlichen rund 80 Vollzeitstellen in der Zentralverwaltung kann vom BSPV nicht nachvollzogen werden. Das Personal ist durch all die Sparstunden der letzten Jahre immer mehr unter Druck geraten, ohne dass auf staatliche Aufgaben verzichtet worden ist. Im Gegenteil, der Staat muss immer mehr Aufgaben mit immer weniger Personal wahrnehmen. Das löst bei vielen Angestellten oft gesund-

heitliche Probleme aus oder erhöht die Fluktuationsrate in den Organisationseinheiten. Das wird schlussendlich nicht günstiger. Ferner ist für den BSPV fraglich, was als Zentralverwaltung definiert wurde.

Beruhigend ist, dass der Stellenabbau über drei Jahre erfolgt und es zu keinen Entlassungen kommen sollte. Der BSPV wird den Stellenabbau genau beobachten.

Daniel Wyrsh, Geschäftsführer, Grossrat, Mitglied der Finanzkommission

Das Kader und der BSPV lehnen die Vertrauensarbeitszeit ab!

Der Regierungsrat plant mit einer Personalgesetzrevision die Vertrauensarbeitszeit (VAZ) für das oberste Kader einzuführen. Betroffen sind 91 Kadermitarbeitende wie z.B. Generalsekretär/innen, deren Stellvertreter/innen, Amtsleiter/innen und Kadermitarbeitende in ähnlichen Funktionen.

Aufgrund der hohen Überzeitkonti des Kadern gab es im Grossen Rat Vorstösse. Der Regierungsrat plafonierte mit zwei Verordnungsänderungen das mögliche Maximum von Arbeitszeitguthaben, womit das ursprüngliche Problem gelöst ist. Dennoch bestand der Grosse Rat auf die Einführung der VAZ, so dass der Regierungsrat seine ursprüngliche ablehnende Haltung unfreiwillig korrigieren musste. Mit der Vorlage werden wohl in der kommenden Novembersession sehr lebhafte Diskussionen entstehen. Befürworter der VAZ wünschen nicht nur deren Einführung, sondern beabsichtigen den Kreis der Betroffenen zu erweitern. Dementsprechend waren in der Märzsession im Grossen Rat Vorstösse erfolgreich, welche die Ausdehnung der VAZ forderten. Im Gegenzug verweisen die Gegner der VAZ auf mögliche schlechtere Arbeitsbedingungen für die Betroffenen und machen allfällige Gesundheitsrisiken geltend. Auch fehlt ein sachlicher Handlungsdruck zur Einführung der VAZ. Die bisherige Regelung hat sich bewährt und ist im obersten Kader anerkannt. Es garantiert eine sinnvolle «Work-Life-Balance».



Gerade junge Kadermitarbeitende wollen klare Arbeitsbedingungen, auch gerade im Hinblick auf die Vereinbarkeit von Beruf und Familie. Daher dürfte der Kanton Bern als Arbeitgeber an Attraktivität verlieren.

Mit der Einführung der VAZ steht eine Gehaltserhöhung um max. 6% an. Als Alternative können mehr Ferien gewählt werden. Zusätzlich zahlt der Arbeitgeber mehr Geld in die Pensionskasse ein. Jüngere Betroffene erhalten etwas mehr Ferien, was mehr als die Hälfte davon gar nicht mehr tangiert.

Die BSPV-Sektion «Linien- und Fachkader des Kantons Bern» hat in einer anonymen Umfrage die Betroffenen zur Einführung der VAZ befragt. 61 Mitglieder haben an der Umfrage teilgenommen. Davon lehnen 41 Teilnehmende die VAZ grundsätzlich oder mit den bekannten Rahmenbedingungen ab. 20 Teilnehmende begrüssen die VAZ.

Die Geschäftsleitung und der Vorstand der Sektion Linien- und Fachkader des Kantons Bern lehnen die Einführung der Vertrauensarbeitszeit einstimmig ab. wy

Blicken Sie entspannt in Ihre Zukunft

Finanzielle Pensionsplanung, Steueroptimierung, Vermögensanlage, Zweitmeinung zu Bank- und Versicherungsangeboten – alle Entscheidungsgrundlagen aus einer Hand.

Damit Sie Ihre Zeit unbeschwert geniessen können.



Unabhängige Pensionsplanung

Beratungsqualität vom BSPV getestet und für gut befunden. **Mit Sonderkonditionen für Verbandsmitglieder.**

GLAUSER+PARTNER

VORSORGE | STEUERN | VERMOGEN

Bonstettenstrasse 1, 3012 Bern
T 031 301 45 45

www.glauserpartner.ch

NEIN – zum Steuergeschenk für Grosskonzerne

Am 25. November 2018 findet die Abstimmung zur Änderung des Steuergesetzes statt.

Der BSPV unterstützte das Referendum gegen die Änderung des Steuergesetzes. Daniel Wyrsch, Geschäftsführer, vertrat im Referendumskomitee den BSPV und den Dachverband angestellte bern. In Zusammenarbeit mit verschiedenen Parteien und Organisationen konnten innert kürzester Zeit über 13 000 beglaubigte Unterschriften gesammelt und Mitte August bei der Staatskanzlei eingereicht werden. Unabhängig davon hatte der Regierungsrat schon im Vorfeld festgelegt, dass das Referendum gegen das Steuergesetz bereits im November 2018 zur Abstimmung gelangen wird. (Für Berner ein untypisches Tempo ...)

Mit einem **NEIN gegen das Steuergesetz** will man verhindern, dass die Unternehmen mit den höchsten Gewinnen jährlich 161 Mio. Franken weniger Steuern zahlen müssen. Den Einnahmeausfall müssten schlussendlich wohl die Bevölkerung und die KMUs kompensieren. Schon heute werden 90% der kantonalen Steuern von der Bevölkerung und nur 10% von den Unternehmen finanziert. Weiterhin plant der Regierungsrat zusätzliche Steuersenkungen für die Unternehmen, was ab 2022 zu Mindereinnahmen von 314 Millionen führen würde.

Weniger Steuereinnahmen bedeuten den Abbau öffentlicher Leistungen. Ende 2017 hat der Kanton zum Teil harte Leistungskürzungen in der Spitex, in der Bildung, im Jugend-, Alters- und Sozialbereich und bei Menschen mit Behinderungen durchgesetzt. Der Service Public ist unter Druck. Wer auf Spitex-Leistungen im Alter angewiesen ist, zahlt neu bis zu 500 Franken mehr im Monat. Weniger Steuereinnahmen bedeuten aber auch, dass **das Kantonspersonal noch einem grösseren Druck** ausgesetzt sein wird.



Daniel Wyrsch, Geschäftsführer BSPV – mit 13546 Unterschriften wurde das Referendum eingereicht.

Steuerausfälle ohne Gegenfinanzierungen rufen nach Ausgabenkürzungen. Und da wird das Kantonspersonal und nicht nur in der Zentralverwaltung direkt betroffen sein.

Schon mehrmals hat man in den letzten Jahren versucht, die Zulagen (Nacht- und Wochenendzulagen, Pikettenschädigungen etc.) für die Kantonsangestellten zu erhöhen. Beim Pflegepersonal gibt es bei Nacharbeit einen Franken mehr pro Stunde. Die Kantonsangestellten gehen diesbezüglich leer aus, da die nötigen Geldmittel fehlen. Auch eine dringend nötige Pikettenerhöhung (momentan 30 Franken pro Tag) findet aus Kostengründen nicht statt. Steuerausfälle verknappten das Geld für das Personal noch mehr.

Darum wehrt sich der BSPV gegen die Revision des Steuergesetzes.

In der Schweiz zahlen Unternehmen weniger Steuern als im internationalen Durchschnitt. Die Steuersenkungen für Konzerne mit den höchsten Gewinnen nützen nur wenigen Betrieben. 83% der steuerpflichtigen Betriebe im Kanton Bern, meist kleine und mittlere Unternehmen, gehen leer aus. Jede Senkung der Gewinnsteuern von Unternehmen bedeutet nicht nur eine Mehrbelastung für Mittelstand und KMU, sondern auch Einnahmeausfälle für die Gemeinden. Fehlen Einnahmen in den Gemeindekassen, so drohen weitere Steuererhöhungen für Privatpersonen. So soll eine Neubewertung von den Liegenschaften teilweise die Steuerausfälle der Gemeinden kompensieren, was eine Steuererhöhung für den Mittelstand bedeutet.

Am 12. Februar 2017 sprach sich das Berner Volk mit 68% NEIN klar gegen die Unternehmenssteuerreform (USR) III aus. Die Argumente der Befürworter waren in etwa dieselben wie bei der jetzigen Steuergesetzrevision. Man darf also gespannt sein, wie die Bernerinnen und Berner im November abstimmen werden. Je nachdem wird es für das Kantonspersonal noch schwieriger werden! wy

BSPV-Budget 2019 und Finanzplan 2020–2022

Allgemeine Verbandsrechnung / Erfolgsrechnung

GL-Beschluss vom 17. August 2018 zuhanden der Delegiertenversammlung vom 19. Oktober 2018

Bezeichnung	Rech. 2017	Budget 2018	Budget 2019	Finanzplan 2020	2021	2022	Bemerkungen
Ertrag							
Mitgliederbeiträge	743 010.81	740 000	740 000				Stagnation Mitgliederbestand
Rückzahlung Sektionen Vorjahr	-7 580.40	0	0				unsicher
Rückerstattung Dienstleistung Stiftung UK	20 000.00	20 000	20 000				
Aufwandentschädigung Pfarrverein	0.00	500	0				Verzicht gemäss Geschäftsführer
Aufwandentschädigung Pol.-Verband	6 445.95	0	0				unsicher
Total Ertrag	761 876.36	760 500	760 000	760 000	760 000	760 000	
Aufwand							
Delegiertenversammlungen	-14 346.10	-16 000	-16 000				
Geschäftsleitung, Delegationen	-28 995.30	-38 000	-35 000				Weniger Sitzungen
Direkte Kosten Verbandsführung	-43 341.40	-54 000	-51 000	-51 000	-51 000	-51 000	
Deckungsbeitrag I	718 534.96	706 500	709 000	709 000	709 000	709 000	
Personalaufwand	-372 896.95	-362 000	-363 000				Kl. Lohnsum. als in den Vorjahren
Sozialleistungen Arbeitgeber	-84 725.15	-80 000	-90 000				
Aus-/Weiterbildung Personal	-800.00	-3 000	-3 000				
Personalbeschaffung	-2 588.60	0	0				Keine Planung
Personalaufwand	-461 010.70	-445 000	-456 000	-462 000	-467 000	-473 000	Lohnzuwachs 1,2% p.a.
Deckungsbeitrag II	257 524.26	261 500	253 000	247 000	242 000	236 000	
Fremdmieten/Nebenkosten	-47 082.15	-48 000	-48 000				
Anschaffung/Unterhalt Büroeinricht., IT	-22 199.25	-40 000	-40 000				2018/19*
Sachversicherungen	-1 437.20	-1 600	-1 600				
Verwaltungsaufwand	-18 377.65	-25 000	-20 000				schwankt periodisch (Druckauftr.)
Beiträge, Beratungsaufwand	-8 220.80	-15 000	-15 000				Inkl. Res. für kleine Beratungsauftr.
Beitrag an REKA	-7 315.00	-7 000	-7 500				
Beitrag an Rentnervereinigung	-14 545.00	-14 000	-14 000				2017: Beitr.Jub./ab 2018: 7.–/Mitgl.
Diverses, Ehrungen, Übersetzung	-3 982.65	-5 000	-5 000				
Werbeaufwand	-16 377.95	-30 000	-30 000				Inkl. Werbepremien
Verbandsorgan Diagonal	-39 552.05	-50 000	-40 000				5 Ausg., Inserateertrag rückgängig
Kurswesen	2 359.45	-5 000	-5 000				
Sonstiger Verwaltungsaufwand	-176 730.25	-240 600	-226 100	-215 000	-215 000	-215 000	
Ergebnis vor Finanzergebnis	80 794.01	20 900	26 900	32 000	27 000	21 000	
Aufwand Bankspesen	-202.00	-100	-100				
Bankzinsertrag	429.05	500	500				
Wertschriften'ertrag	155.00	100	100				
Finanzergebnis	382.05	500	500	500	500	500	
Ergebnis nach Finanzergebnis	81 176.06	21 400	27 400	32 500	27 500	21 500	
Rückerstattung KPT	23 626.00	22 000	22 000				Schätzung. Abh. von Abschl. KPT
Rückerstattung Coop-Rechtsschutz	1 275.72	1 300	1 300				
Rückerstattung Diverse	3 026.00	0	0				
Rückerstattungen Dritter	27 927.72	23 300	23 300	23 300	23 300	23 300	
Einlage Stiftung UK Rechtsschutz	-20 000.00	-20 000	-30 000				Abbau der hohen Rechtsch.kosten bei UK
a.o. Rückstell. mobile Sachanlagen	-12 000.00	0	0	0	0	0	Wird im Jahr 2018 aufgelöst
Ausserordentlicher Aufwand	-32 000.00	-20 000	-30 000	-30 000	-30 000	-30 000	
Vor Zuweisung an SpF Aktionen	77 103.78	24 700	20 700	25 800	20 800	14 800	
Einlage in Spezialfinanzierung Aktionen	-30 000.00	-10 000	-5 000	-5 000	-5 000	-5 000	2019–2022 red. Einlagen; Vermögen 384 TCHF
Nach Zuweisung an Spezialfinanzierung Akt.	47 103.78	14 700	15 700	20 800	15 800	9 800	
Steuern	-5 789.25	-5 000	-5 000				
Steuer-Rückerstattung Vorjahre	23.45	0	0				
Steuern	-5 765.80	-5 000	-5 000	-5 000	-5 000	-5 000	
Jahresergebnis	41 337.98	9 700	10 700	15 800	10 800	4 800	
	+Ertrag	-Aufwand					

*2018: neuer Server; neue Telefonie (Ablösung ISDN); 2019: neue Enduser, neue Programme; je inkl. Installationsaufwände; ab 2020 wie 2017



Anastasia Falkner

seit 1. Juli 2014 Präsidentin des BSPV

Frauen traut man heute sehr viel mehr zu

Anastasia Falkner ist die erste Präsidentin des BSPV in der über hundertjährigen Geschichte des Verbandes. Seit der Gründung des BSPV amtiert sie nun als 9. Verbandspräsident(in). Seit vier Jahren ist sie im Amt. Vorher engagierte sie sich als langjähriges Mitglied und Präsidentin der Sektion VBRS (Verband Bernischer Richterinnen und Richter, Staatsanwältinnen und Staatsanwälte). Beruflich ist sie als Gerichtspräsidentin tätig.

Als erste Präsidentin in einem traditionsreichen Verband tätig zu sein, ist sicher etwas Besonderes. Ist das so oder hat das keinen Einfluss auf Ihre Tätigkeit im Verband?

Als Matthias Burkhalter mich anfragte, ob ich mich als Präsidentin des BSPV zur Verfügung stellen würde, war sein Hauptargument, damit werde eine langjährige Tradition weitergeführt. Präsident des BSPV wurden in der Regel (mit Ausnahme von Roland Seiler und Peter Bernasconi) Gerichtspräsidenten, vorzugsweise aus der freisinnigen Partei. Im Vordergrund stand somit nicht mein Geschlecht, sondern meine Funktion. Dass ich die erste Präsidentin wurde, war mir erst bewusst, als ich aufgrund der Medienmitteilung Gratulationen von Frauen erhielt, die genau dies ansprachen. Für mich selbst war dies aber nie von Bedeutung und beeinflusst auch meine Tätigkeit im Verband nicht.

Viele Mitglieder des BSPV haben wohl keine grosse Vorstellung von

den Pflichten einer Präsidentin des BSPV. Können Sie Ihr Aufgabengebiet kurz zusammenfassen?

Kurz und prägnant würde ich sagen, dass die Präsidentin die Aufgabe hat, den Verband gegen Aussen zu repräsentieren, ähnlich wie eine Verwaltungsratspräsidentin.

Konkret bedeutet dies, dass ich die ca. neun Sitzungen der Geschäftsleitung (bestehend aus neun Mitgliedern und dem Geschäftsführer) leite und auch im Ausschuss «Rechtsschutz» Einsitz habe. Zudem leite ich die Delegiertenversammlungen, die zweimal jährlich stattfinden. Weiter nehme ich zusammen mit dem Geschäftsführer des BSPV viermal jährlich an den Sozialpartnerggesprächen mit der Regierung und an den jährlichen Sozialpartnerggesprächen mit der Justizleitung und dem Polizeikommando teil. Schliesslich werde ich auch von den Sektionen oder von Partnerorganisationen wie angestellte bern, anderen Personalverbänden, Pensionskassen oder auch von politischen

Parteien etc. immer wieder zu Jahresanlässen oder anderen Veranstaltungen eingeladen.

Als Frau in dieser Position sieht man bestimmt einiges aus einer anderen Perspektive als vielleicht ein männlicher Kollege. Heisst es da, sich mehr durchsetzen zu müssen?

Es ist ähnlich wie in der Position als Staatsanwältin oder Gerichtspräsidentin, mit zunehmendem Alter wird man auch als Frau ernst genommen. Als ich als junge Untersuchungsrichterin an einem Tatort auftauchte, wurde ich noch mit Samthandschuhen angefasst und mir wurde erklärt, was ich wohl am besten tun würde. Das hat sich dann mit den Jahren gelegt. Einerseits bin ich älter geworden, andererseits hat sich die Gesellschaft auch stark gewandelt. Frauen traut man heute sehr viel mehr zu und sie selbst trauen sich auch viel mehr zu. Ich kann aber auch sehr gut verstehen, wenn eine Frau trotz den heutigen Strukturen und Möglichkeiten wie familiener-

gänzende Betreuung, Teilzeit, Homeoffice etc. die Doppelbelastung von Beruf und Familie nicht noch mit weiteren Ämtern strapazieren möchte.

Zur Frage der Durchsetzung und ob eine Frau da anders gefordert ist als ein Mann, würde ich sagen, dass ich eigentlich noch selten das Gefühl hatte, mich nicht durchsetzen zu können. Ich denke da spielt der Charakter eine weit wichtigere Rolle.

Sobald man eine neue Herausforderung annimmt, hat man immer neue Ideen und Veränderungsvorschläge. Was war für Sie wichtig und was konnten Sie in den letzten vier Jahren umsetzen?

Mir war von Anfang an wichtig, die gute Vorarbeit, die meine Vorgänger geleistet haben, weiterzuführen. Daher war es auch nicht nötig, mit Veränderungsvorschlägen oder vielen neuen Ideen den Verband zu reformieren. Die Jahre vor meinem Präsidium waren sehr hart. Da wurde noch um 1% Lohnwachstum gekämpft, Demonstrationen waren nötig, Abstimmungskampagnen wie bei der Pensionskassenregelung und vieles mehr. Ich konnte bereits mit 1,5% Lohnwachstum und der Aussicht auf die Auffüllung der Lohndelle einsteigen und eine gute Vertrauensbasis zwischen dem BSPV und der Regierung übernehmen. Dies hat zu einer sehr entspannten und positiven Entwicklung geführt, die ich ja nicht mit Aktivismus unterminieren wollte. Mir war von Anfang an wichtig, die Arbeit meines Vorgängers und des ehemaligen Geschäftsführers Matthias Burkhalter weiterzuführen. Der Abgang von Matthias Burkhalter, nachdem ich gut ein Jahr im Amt war, erwies sich für mich anfangs als schwierig, die Neubesetzung mit Daniel Wyrsh jedoch ein Glücksfall. Wir ziehen am selben Strang und versuchen für das Kantonspersonal das Optimum, das in der nun wieder aufgeflamten Spardiskussion, möglich ist zu erreichen und natürlich immer noch ein bisschen mehr.

Der BSPV setzt sich für gute Anstellungsbedingungen für das Kantonspersonal ein. Wie ist die Ein-



Foto: wy

Anastasia Falkner und Ronnie Bettler wurden am 5. September 2018 durch den Grossen Rat zur neuen Oberrichterin, zum neuen Oberrichter ab 1.1.2019 gewählt.

Anastasia Falkner erreichte mit 146 Stimmen von 154 abgegebenen Stimmzetteln ein sehr gutes Resultat, obwohl die FDP gemäss Parteienproporz keinen Sitzanspruch hatte. Dies zeugt von ihrer guten fachlichen Qualität und sehr guter bisheriger Leistung in der Berner Justiz.

Der BSPV gratuliert ganz herzlich zur Wahl!

flussnahme des Verbandes? Ist sie erfolgreich?

Die Einflussnahme des BSPV ist sehr gross meiner Meinung nach. Und dies nicht nur mit den regelmässigen Sozialpartnergesprächen, sondern vor allem mit den vielen Gesprächen und Kontaktaufnahmen des Geschäftsführers mit den Ämtern, resp. den Amtsvorstehern direkt. Auch die Tatsache, dass der Geschäftsführer des BSPV seit Jahren Grossratsmitglied ist und dort ebenfalls Einfluss nehmen kann, ist eine sehr wichtige Komponente. Ich denke ohne den BSPV hätten wir nicht die heutige Lohnentwicklung, die fünfte Ferienwoche, den Vaterschaftsurlaub oder das angenommene Pensionskassengesetz. Zaubern kann der BSPV aber auch nicht. Erwartungen, dass bei einem Sparpaket niemand in der Verwaltung seine Stelle verliert oder versetzt wird, sind indessen unmöglich zu erfüllen.

Die Mitgliederzahl beim BSPV ist leider in den letzten Jahren immer etwas rückläufig. Haben Sie als ehemalige engagierte Präsidentin der Sektion VBRS Tipps für andere Sek-

tions-Präsidenten/innen, wie man neue Mitglieder werben könnte?

Das ist ein sehr schwieriges Thema. Richterinnen und Staatsanwältinnen, sowie ihre männliche Kollegen treten eigentlich sofort – ähnlich wie beim Polizeiverband – gleich nach ihrer Ernennung ein, weil dies für den Austausch untereinander das beste Gefäss ist. Anders sieht es bereits auf Bundesebene aus. Ich bin auch im Vorstand des Schweizerischen Richterverbandes, wo wir mit demselben Problem wie der BSPV kämpfen und auch noch kein geeignetes Mittel gefunden haben, ausser die persönliche Anschrift und das persönliche Werben. Aber auch dies führt in vielen Fällen nicht zum Erfolg. Vielleicht ist es einfach ein Zeichen der Zeit, es geht uns zu gut, wir haben vieles erreicht, das Personal ist im Grossen und Ganzen zufrieden. Ich persönlich finde es sehr schade, dass sich vor allem junge Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter nicht motivieren lassen und der Solidaritätsgedanke, der immer mit einer Mitgliedschaft verbunden ist, immer mehr verloren geht.

Gibt es noch Ziele oder Vorstellungen, die Sie gerne in Ihrer Amtszeit noch umsetzen möchten?

Da ich mir noch nie Vorsätze genommen habe, denn Vorsätze sind meiner Meinung nach immer da, um sie zu brechen, kann ich nur indirekt darauf antworten. Mir ist wichtig, dass der Kanton konkurrenzfähig bleibt und wir gute Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter nicht verlieren. Gerade in Bern, wo die Bundesverwaltung ein grosser und starker Arbeitgeber ist, darf der Kanton nicht hinten nach hinken. Dafür braucht es eine klare Lohnpolitik und klare Anliegen seitens des Verbandes. Zudem bin ich der Meinung, dass wir die sich abzeichnenden Entwicklungen im Berufsleben und die möglichen Auswirkungen auf das Personal im Auge behalten müssen. Dabei denke ich v.a. an die Digitalisierung, die meines Erachtens einige Arbeitsabläufe und damit auch Arbeitsstellen verändern wird. jb/wy
Vielen Dank, dass Sie sich für dieses Interview Zeit genommen haben.

Aufgepasst vor «Chauffeur-Wissen»

Menschen lieben Geschichten. Was im Leben nützlich ist, um wichtige Botschaften verständlich zu vermitteln, ist in der Finanzbranche meist nur cleveres Marketing, um teure Finanzprodukte zu verkaufen.

Kennen Sie Adam Monk?

Adam ist ein Kapuzineraffe, der für eine US-Zeitung jahrelang Aktienempfehlungen abgegeben hat. Er tippte jeweils wahllos auf Titel in einer langen Liste und lag mit seinen Tipps wesentlich besser als die sogenannten Experten.

Der Zürcher Ethnologe Stefan Leins hat sich mit der Frage auseinandergesetzt, warum wir Bankanalysten gerne anhören, obwohl ihre Prognosen – wissenschaftlich betrachtet – wertlos sind.

Prognostiker

sind Geschichtenerzähler

Leins hat Folgendes herausgefunden: «Geschichten sind gefragt, weil sie dem System etwas Sinnstiftendes geben.» Also Ordnung in einem Chaos schaffen, das schwer überschaubar ist. Es gibt so viele Entwicklungen, die die Finanzmärkte beeinflussen, dass niemand die Wechselwirkungen zuverlässig voraussagen kann. «Ein guter Analyst ist in erster Linie ein



Markus Glauser, eidg. dipl. Betriebsökonom HWV und Versicherungsexperte, ist Partner bei der Glauser+Partner Vorsorge AG in Bern.

Glauser+Partner ist offizieller Finanzratgeber des BSPV und berät dessen Mitglieder in Vorsorge-, Steuer- und Vermögensfragen.

Mehr: www.glauserpartner.ch

guter Geschichtenerzähler», sagt Leins. Die Analysten bedienen ein urmenschliches Bedürfnis: «Die Menschen wollen eine Vorstellung von der Zukunft haben, um im Jetzt aktiv zu sein.»

Banken befriedigen also geschickt unsere Nachfrage nach Prognosen und verkaufen dazu die passenden Finanzprodukte. Mehr über die Zukunft als wir wissen sie aber auch nicht.

Der 94-jährige Charlie Munger, Rechtsanwalt und ein bedeutender Denker unserer Zeit, erzählt in diesem Zusammenhang gerne folgende Anekdote:

Nachdem Max Planck, der Begründer der Quantenphysik, im Jahre 1919 mit dem Nobelpreis ausgezeichnet wurde, reiste er rund um Deutschland, um seine Erkenntnisse an Fakultäten zu präsentieren. Die Vorträge übte er jeweils im Auto. Nach einiger Zeit beklagte sich sein persönlicher Chauffeur: «Langsam wird es langweilig, ständig dieselbe Rede zu hören!» Er schlug

SAISONGERECHT, FRISCH UND AUTHENTISCH!
GENIESSEN SIE UNSERE TESSINER UND ITALIENISCHEN SPEZIALITÄTEN
7 TAGE GEÖFFNET
DURCHGEHEND WARMER KÜCHE UND PIZZA.

Familie S. + D. Cafiero

Grotto Ticino
Pizzeria Cafiero
www.grotto-ticino.ch

Breitenrainplatz 26 · 3014 Bern · Tel. 031 331 96 77

Seminar – Meeting – Tagung – Sitzung

Hotel Linde Stettlen
Bernstrasse 59 CH-3066 Stettlen
Wireless for free!
40 gratis Parkplätze

Tel. 031 931 85 86
Fax. 031 931 55 03
info@linde-stettlen.ch
www.linde-stettlen.ch

vor: «Wie wäre es, wenn ich in München Ihren Vortrag halte?» Planck gefiel die Idee, beide tauschten ihre Rollen und sie fuhren nach München. Dort hielt der Chauffeur souverän seinen auswendig gelernten Vortrag. Anschliessend fragte ein Professor aus dem Publikum: «Wenn Pho-

tonen keine Masse besitzen, jedoch einen Impuls, sagt dies nicht gleichzeitig aus, dass Masse nicht ein Mass für den Widerstand einer Kraft sein kann?» Der Chauffeur schluckte zweimal leer, erwiderte dann aber kurz darauf trocken: «Ach, diese Frage ist so einfach, die kann Ihnen so-

gar mein Chauffeur beantworten! Er sitzt heute Abend zufällig in der ersten Reihe.»

Munger folgert daraus: «Es gibt zwei Arten von Wissen. Zum einen echtes Wissen, welches durch zeitaufwendige Forschungen und harte Arbeit erlangt wurde. Zum anderen das «Chauffeur-Wissen», wie er es nennt. Jenes Wissen also, das nur auswendig gelernt, Aufmachung und Show ist.» Prognosen von Bankern gehören nach Munger zur zweiten Kategorie.

Seminarbroschüre Glauser+Partner

Die jährlich aktualisierte Seminarbroschüre finden Sie hier:
www.glauserpartner.ch/seminar

Broschüre 13 Prinzipien

Lust auf mehr? Unsere Broschüre «die 13 Prinzipien des intelligenten Investierens» finden Sie hier: www.glauserpartner.ch/13prinzipien

Übrigens

Als Mitglied des BSPV erhalten Sie 10% Rabatt auf die Beratungskosten bei Glauser+Partner. Das Erstgespräch ist kostenlos und unverbindlich.

Bleiben Sie kritisch

Daraus folgt: Hinterfragen Sie Anlagevorschläge von Banken kritisch und lassen Sie sich nichts vormachen. Auch wenn die Verkaufsargumente für das Finanzprodukt in eine einleuchtende Geschichte verpackt und eloquent vorgetragen werden, ist das noch kein Indiz dafür, ein gutes Geschäft zu machen.



ALLES IN BUTTER?
Oder sind Sie schon
am Kochen?

WERDEN SIE VORHER MITGLIED BEIM BSPV!
Der BSPV unterstützt seine Mitglieder nicht nur bei Problemen am Arbeitsplatz.
Er setzt sich auch für faire Löhne ein!

Jetzt Mitglied werden und wir schenken Ihnen den Mitgliederbeitrag 2018 von **CHF 150.00 !**
Nur ein grosser Verband ist auch ein starker Verband!

JEDER KANN MITGLIED WERDEN!

BSPV
Bernischer Staatspersonalverband

www.bspv.ch

Sektionen

Rentnervereinigung

Camille Bloch – Les Roselets

Der nächste Ausflug der Rentnervereinigung am 9. Oktober 2018 führt in den Jura. Nach einem Besuch bei Camille Bloch in Courtelary geht die Fahrt weiter nach Les Roselets, wo die Stiftung für das Pferd seit 60 Jahren beheimatet ist.

Nach dem Besuch der süssigen Welt der Schokolade, gehts zum Geniessen in die Weite der Jurahöhen.

Anmeldungen:

Bis Dienstag, **2. Oktober 2018**, an Roland Schafer 033, 222 50 81
roland.schafer@bluewin.ch

Das detaillierte Programm ist zu finden unter: **www.bspv-senioren.ch**

Vorschau:

Am Dienstag, **20. November 2018**, um 14.30 Uhr ist ein Besuch im Haus der Religionen in Bern geplant. Details werden später bekannt gegeben

Sektion HTP und Inselspital

Einladung zum Herbstausflug Besichtigung SRF Studio Bern

Im Studio Bern befindet sich die Abteilung Chefredaktion Radio, zu der auch das Radioprogramm Radio SRF 4 News gehört. Ebenfalls am Standort Bern ist die Regionalredaktion BE FR VS zu Hause.

Datum: Freitag, 9. November 2018

Treffpunkt: 13.15 Uhr, Haupteingang
Schwarztorstrasse 21, 3007 Bern

Führung: 13.30 Uhr, Dauer 1.5 h

Anmeldung: bis **12. Oktober 2018** an
BFH-TI, Sylvie Nobs, Quellgasse 21/
Postfach, 2501 Biel

E-Mail: sylvie.nobs@bfh.ch

Telefon: +41 32 321 61 13

Agenda

Delegiertenversammlung:

BSPV 19. Oktober 2018 in Burgdorf

Sektion PZM

Am 16. August 2018 fand der jährliche Ausflug der Sektion PZM statt. Wieder haben sich die Organisatoren etwas Besonderes einfallen lassen. Die Besichtigung der Öle Mühletal Münsingen stand auf dem Programm.

In der restaurierten, 300-jährigen Ölmühle am Grabenbach zwischen Münsingen und Tägertschi wird immer noch von freiwilligen Ölmännern Baumnussöl aus einheimischen Baumüssen gepresst.

Fachmännisch vorgeführt und erklärt wurden die verschiedenen Arbeitsgänge, die nötig sind um wie früher Öl zu pressen. Auch eindrücklich war die Demonstration der Knochenstampfe und die Nagelschmiede, ein damaliger Nebenerwerb des Ölers. Im kleinen Museum der Öle fanden sich Zeugen alter Handwerkskunst sowie eine Sammlung von Lichtquellen und Lichtträgern vergangener Zeiten. Nach der Führung bestand die Möglichkeit, im kleinen Verkaufsladen Baumnussöl, Baumnussmehl, verschiedene Konfitüren und Spezialitäten zu kaufen.

Anschliessend offerierte die Sektion PZM im Restaurant Bahnhofli in Tägertschi ein glutziges Znacht mit Bratwurst und Salat. Bei herrlichstem Sommerwetter genossen die Sektionsmitglieder die Aussicht und die ungezwungene Atmosphäre.

Vielen Dank an die Organisatoren für diesen gelungenen Abend. jb



Mit Herz und Seele halten die Ölmänner die Öle Mühletal in Schuss.



Ein mächtiger Grimsel-Mühlstein ist immer noch in der Öle in Betrieb.

Fotos: jb

Ein starker Staat braucht eine starke Verwaltung

Ich habe das grosse Privileg die Seite der Exekutive, als Gemeinderätin von Steffisburg und die Seite der Verwaltung als Assistentin der Amtsleitung im Rechtsamt der Bau-, Verkehrs- und Energiedirektion (BVE) täglich zu erleben. Gerade deshalb weiss ich wie wichtig eine starke Verwaltung für unsere Gemeinschaft ist. Es braucht die Auseinandersetzung insbesondere zwischen der Exekutive und der Verwaltung.

Ich habe eine hochkompetente Finanzverwalterin, wir führen hin und wieder Diskussionen darüber wo die gesetzlichen Rahmenbedingungen einen politischen Spielraum zulassen und wo nicht. Das fordert mich heraus, führt aber fast immer dazu, dass wir ein gutes Ergebnis erarbeiten und vorlegen können. Diese Rolle versuche ich auch im umgekehrten Fall wahrzunehmen. Wir Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der kantonalen Verwaltung wissen und können etwas. Wir müssen uns einbringen und mitreden, wenn es darum geht die Grundlagen für Entscheide vorzubereiten. Mir ist durchaus bewusst wie frustrierend es ist, viel gute Arbeit zu leisten und dann bei jeder Finanzdebatte oder zumindest alle vier Jahre im Wahlwinter zu hören, dass der Kanton zu viele, zu teure und zu ineffizien-



*Ursulina Huder
Gemeindevizepräsidentin Steffisburg/
Assistentin der Amtsleitung Rechtsamt BVE*

ente Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter hat. Dass «normal» Bürgerinnen und Bürger ein Problem mit der Verwaltung haben, die immer wieder einmal gegen das Interesse einzelner entscheiden muss, kann ich sehr gut nachvollziehen. Vor allem im Wissen darum, dass gewisse, gut ausgebildete Kreise die Verwaltung bewusst in ein schlechtes Licht stellen um damit ihre Ziele zu erreichen. Je nach Standpunkt kann eine gute und starke Verwaltung durchaus auch ein

Nachteil sein. Auf kantonaler Ebene werden die meisten Weichen für unseren Alltag gestellt.

Ich stelle alle vier Jahre mit Erstaunen fest, dass dies kaum jemand interessiert und kaum je eine Abstimmung so eine schlechte Beteiligung hat wie die kantonalen Wahlen. Ganz wenige Stimmenprozente können dabei eine grosse Wirkung haben. Gerade deshalb ist eine stabile und starke Verwaltung wichtig. Andererseits dürfen unsere Arbeitsabläufe und die Strukturen durchaus auch hinterfragt werden. Eine starke Verwaltung muss auch eine flexible Verwaltung sein, eine Verwaltung die sich neuen Herausforderungen stellt und neuen Technologien und Arbeitsinstrumenten gegenüber offen ist.

Setzen wir uns gemeinsam dafür ein, dass wir eine gute, starke Verwaltung mit einem hohen Qualitätsdenken sind. Veränderungen halten uns flexibel und motiviert, mit einem starken Berufsverband im Rücken dürfen wir darauf zählen, dass jemand darauf achtet, Kolleginnen und Kollegen zu unterstützen damit niemand bei den geplanten Veränderungen zu den Verliererinnen und Verlierer gehören.

Ursulina Huder

Die Aufgaben einer Verwaltung sind vielfältig – unsere Angebote und Kompetenzen sind es auch:

- Organisation/Prozesse
- Beratung
- Geschäftsstellen
- Moderation/Coaching
- Personalgewinnung
- Projektmanagement

federas
für die öffentliche Hand

Federas Beratung AG, info.bern@federas.ch, www.federas.ch
Laupenstrasse 35, Postfach, 3001 Bern, Telefon +41 31 380 70 12

Offizielles Organ des Bernischen
Staatspersonalverbandes BSPV

www.bspv.ch, sekretariat@bspv.ch
ISSN 2997-1866

Redaktion

Joanne Bisig (jb); Daniel Wyrsh (wy)
Redaktionsadresse: Postgasse 60,
Postfach 533, 3000 Bern 8
Tel. 031 311 11 66
Übersetzung französisch:
Anne-Marie Krauss

Inseratenverwaltung

BSPV, Postgasse 60
Postfach 533, 3000 Bern
bisig@bspv.ch

Satz, Druck und Spedition

Stämpfli AG, Postfach, 3001 Bern

**Rabatte
und Vergünstigungen**

für BSPV-Mitglieder

Neu!



Moser Seminare

Moser Seminare

Patrick Moser
Tel 031 772 00 54
www.moser-seminare.ch/
E-Mail: kontakt@moser-seminare.ch

Rabatt

Mitglieder des BSPV erhalten gegen
Vorzeigen des gültigen Mitgliederaus-
weises **10%** auf die Kurse:

- Rhetorik
- Stressbewältigung
- Resilienz und Coachings

BSPV-Kurse 2018

**Coaching – Instrument für
Führungspersonen (Folgekurs)**

*Coaching wird zu einem wichtigen
Führungsinstrument.*

Kurs C: **24. Oktober 2018**,
13.30 bis 17.00 Uhr

**Resilienz-Training – Die seelischen
Abwehrkräfte stärken**

*Resilienz hilft die Herausforderungen
des Lebens anzunehmen und zu bewälti-
gen.*

Kurs B: **9./10. November 2018**,
8.30 bis 17.00 Uhr
(Samstag bis 16.00 Uhr)

Anmeldung: sekretariat@bspv.ch

www.bspv.ch/vorteile/kursangebot

Stämpfli AG, case postale, 3001 Berne

**Composition, impression
et expédition**

bisig@bspv.ch

case postale 533, 3000 Berne

BSPV, Postgasse 60

Administration des annonces

Anne-Marie Krauss

Traduction française:

Tél. 031 311 11 66

case postale 533, 3000 Berne 8

Adresse de la rédaction : Postgasse 60,

Joanne Bisig (jb) , Daniel Wyrsh (wy)

Rédaction

ISSN 2997-1866

www.apab.ch, sekretariat@bspv.ch

du personnel de l'Etat de Berne APEB

Organe officiel de l'Association

**Si ces propositions retiennent
votre attention, n'hésitez pas à me
contacter.**

**En présentant la carte de membre
valide, les membres de l'APAB ob-
tiennent un rabais de 20 % sur un
abonnement de 12 ou 24 mois Z.**

12 mois Z : 952.- + 99.-
de frais de dossier au lieu de 1190.-

24 mois Z : 1752.- + 99.-
de frais de dossier au lieu de 2190.-

+ 99.-
+ 99.-

12 mois Z : 952.- + 99.-
de frais de dossier au lieu de 1190.-

+ 99.-
+ 99.-

12 mois Z : 952.- + 99.-
de frais de dossier au lieu de 1190.-

+ 99.-
+ 99.-

12 mois Z : 952.- + 99.-
de frais de dossier au lieu de 1190.-

+ 99.-
+ 99.-

12 mois Z : 952.- + 99.-
de frais de dossier au lieu de 1190.-

+ 99.-
+ 99.-

12 mois Z : 952.- + 99.-
de frais de dossier au lieu de 1190.-

+ 99.-
+ 99.-

• Programmes personnalisés gratuits
Wellness

• Accès aux cours collectifs et espaces
Suisse Romande

• 1 carte qui donne accès à 49 clubs en

Les avantages Let's Go Fitness :

blog.letsfitness.ch
www.letsfitness.ch

Tél. 078 630 21 74
Rue de Genève 7 – 1003 Lausanne

Let's Go Fitness

F I T N E S S



Let's GO

Nouveau!

pour les membres de l'APAB

Rabais et avantages

7 jours et maximum 90 jours / an
sans justificatif

• Possibilité de suspendre minimum
7 jours et maximum 90 jours / an
sans justificatif



En avant toute !



Photo : jb

**Il y a du pain sur la planche, mettons-nous au travail!
Pas d'effort, pas de récompense!
Nous y arriverons!**

Ce sont les expressions qui me viennent à l'esprit après cet été caniculaire. En dépit

de la chaleur, la Terre continue de tourner, comme les éoliennes qui tournent désormais dans toute l'Europe. Au secrétariat de l'APEB, des ventilateurs plus modestes ont été mis en action. Et ils ont tourné inlassablement. L'administrateur également s'est

montré infatigable, se préoccupant de la réduction de personnel, de mesures salariales et de l'horaire de travail fondé sur la confiance. Le succès de cet engagement est à découvrir en dans les pages suivantes.

2 Actuel

Horaire de travail fondé sur la confiance : qui est concerné ?

3 Actuel

Réduction du personnel dans l'administration centrale
Budget 2019 – Mesures salariales réduites et prochaine réduction de postes.

4 Actuel

Cadeau fiscal – non, merci !

5 Association

Budget 2019 et plan financier de l'APEB

Les cadres et l'APEB rejettent l'horaire de travail fondé sur la confiance!

Avec une révision de la loi sur le personnel, le Conseil-exécutif prévoit d'introduire pour les cadres dirigeants l'horaire de travail fondé sur la confiance. 91 personnes sont concernées, comme les secrétaires généraux-ales et leurs suppléant-e-s, les chef-fe-s d'office, ainsi que les personnes occupant des fonctions analogues.

Des interventions ont été faites au Grand Conseil en raison du nombre important d'heures supplémentaires des cadres. Le

vembre. Les tenants de l'horaire de travail fondé sur la confiance souhaitent non seulement son introduction mais ont l'inten-

font valoir des risques pour la santé. La nécessité objective d'agir fait également défaut pour introduire l'horaire de travail fondé sur la confiance. La réglementation actuelle a fait ses preuves et est reconnue par les cadres dirigeants. Elle garantit un bon équilibre entre vie professionnelle et vie privée. Les jeunes cadres en particulier souhaitent des conditions de travail claires, précisément du point de vue de la conciliation entre travail et famille. Le canton de Berne pourrait donc perdre en attractivité en tant qu'employeur.

Avec l'introduction de la réglementation, une indemnité d'au maximum 6 % est prévue, laquelle peut être remplacée par davantage de vacances. En outre, l'employeur verse davantage à la caisse de pension. Les plus jeunes ont droit à plus de vacances, ce qui concerne moins de la moitié des personnes touchées.

La section de l'APEB « Cadres dirigeants et spécialisés » a interrogé anonymement les personnes concernées sur l'introduction de l'horaire de travail fondé sur la confiance. 61 personnes ont participé au sondage. 41 personnes rejettent la réglementation, par principe ou en raison des conditions-cadre définies. 20 participants approuvent l'horaire de travail fondé sur la confiance.

La direction et le comité de la section « Cadres dirigeants et spécialisés » rejettent à l'unanimité l'introduction de l'horaire de travail basé sur la confiance. wy



Photo: jb

Conseil-exécutif a plafonné les soldes horaires au moyen de deux modifications d'ordonnance, moyennant quoi le problème initial a été résolu. Malgré tout, le Grand Conseil a tenu à introduire l'horaire de travail fondé sur la confiance, de sorte que le Conseil-exécutif a dû corriger sa position, dans un premier temps défavorable. Le projet va certainement susciter des discussions animées lors de la session de no-

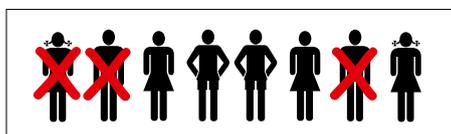
tion d'élargir le cercle des personnes concernées. En conséquence, des interventions dans ce sens ont eu lieu au Grand Conseil lors de la session de mars, qui réclamaient un élargissement de la réglementation. Ces interventions non contraignantes ont été majoritairement adoptées. A l'opposé, les adversaires de cet horaire relèvent une dégradation des conditions de travail pour les personnes concernées et

Réduction du personnel dans l'administration centrale

A la session de novembre 2017, le postulat de Thomas Brönnimann (Mittelhäusern, pvl) a remporté la majorité: d'ici 2021, une coupe de 3 % sera opérée dans le personnel de l'administration centrale.

L'intervention ne contenait pas de suppression de tâches mais se limitait à des réductions forfaitaires de postes.

Il n'est pas aisé de définir la dénomination « administration centrale ». Un député s'est exprimé à ce sujet à la tribune du



Grand Conseil, en disant que les employés dans l'administration centrale sont ceux qui sont assis derrière un ordinateur, donc pas des policiers/ières... D'autres parlaient de ceux à Berne...

Dans la loi d'organisation du canton, les régions et arrondissements administratifs

sont les subdivisions administratives décentralisées ordinaires. A contrario, toutes les autres subdivisions formeraient l'administration centrale, la police par exemple également.

Le Conseil-exécutif n'a pas précisé la notion d'administration centrale pour la mise en œuvre du postulat, mais a défini à travers un long processus chacune des fonctions particulières des collaboratrices/collaborateurs comme « faisant partie » ou « ne faisant pas partie » de l'administration centrale. Il en ressort une administration centrale de 3700 postes à plein temps. Une réduction de postes de 3 % signifie donc 110 postes à plein temps en moins. Compte tenu du programme d'allègement 2018, 80 postes à plein temps doivent encore être économisés. Le Conseil-exécutif espère

que la réduction de postes pluriannuelle sera réalisée avec les fluctuations naturelles et sans licenciements.

L'APEB considère une réduction de postes comme injustifiée, car cela engendrerait encore plus de pression sur le personnel concerné. Il serait plus équitable si, parallèlement à la réduction de postes, les tâches étaient aussi réduites. L'APEB ne comprend d'autre part pas pourquoi des postes dans les régions et arrondissements administratifs décentralisés sont également concernés par la réduction. Est-ce réellement l'idée de la réduction dans l'administration centrale ?

L'APEB surveillera étroitement la réduction de personnel et soutiendra ses membres en cas de licenciements. wy

Budget 2019 –

Des mesures salariales moindres et une réduction du personnel

Le Conseil-exécutif a présenté le budget 2019 avec un résultat excédentaire de 88 millions de francs. Il comprend une augmentation salariale de 0,7 % pour le personnel du canton.

Avec les gains de rotation de 0,8 %, le personnel devrait obtenir en moyenne individuelle une augmentation salariale de 1,5 %, comme le prévoit la législation relative au personnel et au corps enseignant. Le Conseil-exécutif a rempli cette exigence minimale.

Contrairement aux années précédentes, l'augmentation salariale de 0,3 % pour des corrections salariales ou une compensation du renchérissement ne figure pas au budget, bien que le canton présente des retards salariaux dans un contexte de

concurrence. L'APEB déplore cette suppression.

La réduction de postes selon le programme d'allègement 2018, à hauteur de 80 postes supplémentaires à plein temps dans l'administration centrale, est incompréhensible pour l'APEB. Le personnel est de plus en plus mis sous pression suite aux économies des dernières années, sans pour autant qu'il soit renoncé à des tâches publiques. Au contraire, l'Etat doit faire face à plus de tâches avec moins de personnel. Cela provoque souvent des problèmes de

santé chez nombre de collaboratrices/collaborateurs. Ou bien accentue les taux de fluctuation dans les unités organisationnelles. Au final, ce n'est pas plus avantageux. En outre, ce qui est défini en tant qu'administration centrale n'est pas clair pour l'APEB.

Heureusement, la réduction de poste s'opère sur trois ans et il n'y a en principe pas de licenciements. L'APEB surveillera étroitement la réduction de personnel.

Daniel Wyrtsch, administrateur, membre du Grand Conseil, membre de la Commission des finances

NON au cadeau fiscal pour les multinationales

Le 25 novembre 2018 a lieu la votation sur la modification de la loi sur les impôts.

L'APEB a soutenu le référendum contre la modification de la loi sur les impôts. Daniel Wyrsh, administrateur, représentait l'APEB au comité référendaire et à la *fäktiere angestellte bern*. En collaboration avec plusieurs partis et organisations, plus de 13 000 signatures valables ont été récoltées en peu de temps et déposées à la Chancellerie d'Etat. De son côté, le Conseil-exécutif avait au préalable décidé que le référendum contre la loi sur les impôts ferait l'objet d'un scrutin populaire en novembre 2018 déjà. Un tempo atypique pour les Bernois...

Le NON à la loi sur les impôts veut éviter que les entreprises qui font le plus de bénéfices ne paient 161 millions de francs en moins. En définitive, c'est la population et les PME qui doivent compenser la perte fiscale. Actuellement déjà 90 % des impôts cantonaux sont financés par la population, et seuls 10 % par les entreprises. Le Conseil-exécutif prévoit en outre des baisses supplémentaires d'impôt pour les entreprises, qui mèneraient à une diminution des recettes de 314 millions. Moins de recettes fiscales signifient le démantèlement de prestations publiques. Fin 2017, le canton a imposé des réductions importantes de prestations dans l'aide et les soins à domicile, la formation, les secteurs de la jeunesse, des personnes âgées, du social et des personnes en situation de handicap. Le service public est sous pression. Les personnes âgées qui ont besoin d'aide et de soins à domicile paient à présent jusqu'à 500 francs de plus par mois. Une diminution des recettes fiscales signifie aussi une pression accrue sur le personnel du canton. Des pertes fiscales sans financement compensatoire engendrent une diminution des dépenses. Le personnel cantonal, et pas



Le référendum a été déposé avec 13 546 signatures.

seulement celui de l'administration centrale, sera directement touché.

Durant ces dernières années, plusieurs tentatives d'augmenter les indemnités (allocations de nuit, de fin de semaine, pour service de garde etc.) pour les employé-e-s cantonaux ont échoué. Pour le personnel soignant, le travail de nuit donne droit à un franc de plus par heure. Les employé-e-s cantonaux sont perdants car les moyens financiers manquent. Une augmentation urgente pour le service de garde (actuellement de 30 francs par jour) n'aboutit pour une question de coûts. Les pertes fiscales réduisent encore davantage l'argent disponible pour le personnel. L'APEB refuse par conséquent la révision de la loi sur les impôts.

En Suisse, les entreprises paient moins d'impôts qu'en moyenne internationale. Les baisses d'impôt pour les multinationales aux bénéfices les plus importants ne profitent qu'à peu d'entreprises. 83 % des entreprises imposables dans le canton de Berne, en général des petites et moyennes

entreprises, sont perdantes. Chaque baisse d'impôt sur le bénéfice des entreprises signifie non seulement une charge supplémentaire pour la classe moyenne et les PME, mais encore des pertes de recettes pour les communes. Si des recettes manquent dans les caisses communales, des augmentations d'impôt supplémentaires menacent les personnes privées. Ainsi, une nouvelle estimation des immeubles devrait compenser en partie les pertes fiscales des communes, ce qui signifie une augmentation d'impôt pour la classe moyenne.

Le 12 février 2017 le peuple bernois a clairement dit non à la réforme de l'imposition des entreprises (RIE) III avec 68 % des voix. Les arguments des tenants de la réforme étaient à peu près les mêmes que pour l'actuelle révision de la loi sur les impôts. Il sera intéressant de voir comment les Bernoises et les Bernois voteront en novembre. Selon le résultat, les temps pourraient devenir encore plus difficiles pour le personnel cantonal! wy